Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/3465

23. 11. 88

Antrag

der Abgeordneten Gerster (Mainz), Dr. Laufs, Lintner, Dr. Czaja, Dr. Blank, Dr. Blens, Clemens, Fellner, Dr. Hüsch, Kalisch, Dr. Kappes, Krey, Neumann (Bremen), Dr. Olderog, Regenspurger, Weiß (Kaiserslautern), Zeitlmann, Dörflinger, Geis, Dr.-Ing. Kansy, Magin, Dr. Mahlo, Dr. Möller, Oswald, Pesch, Frau Rönsch (Wiesbaden), Ruf und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Lüder, Dr. Hirsch, Richter, Beckmann, Bredehorn, Engelhard, Dr. Feldmann, Funke, Gries, Grüner, Grünbeck, Dr. Hitschler, Hoppe, Irmer, Kleinert (Hannover), Mischnick, Neuhausen, Nolting, Rind, Ronneburger, Frau Seiler-Albring, Frau Folz-Steinacker, Timm, Frau Würfel, Wolfgramm (Göttingen) und der Fraktion der FDP

Aufnahme und Eingliederung der Aussiedler

In den Gebieten östlich von Oder und Neiße sowie in den deutschen Siedlungsgebieten in Ost- und Südosteuropa leben noch etwa 3,5 bis 4 Millionen Deutsche.

Der von der Bundesregierung im November 1987 vorgelegte Bericht einer unabhängigen Wissenschaftlerkommission zu Fragen der Menschenrechte in den Staaten des Warschauer Paktes (Drucksache 11/1344) beschreibt mit eindrucksvoller Deutlichkeit die schwierige Situation der in diesen Staaten lebenden Deutschen, von denen ein Teil schon seit Generationen außerhalb Deutschlands lebt und seine Sprache und eigenständige Kultur im wesentlichen in geschlossenen Siedlungsgebieten über die Zeit bewahren und pflegen konnte. Diese Deutschen haben bis heute besonders stark unter dem Krieg und seinen Folgen zu leiden. Sie haben zu wenig Möglichkeiten, ihre Sprache, ihre Kultur und ihre kirchliche Tradition zu wahren. Minderheiten- und Gruppenrechte sowie die Wahrung der nationalen Identität werden ihnen häufig vorenthalten.

Viele bemühen sich daher oft schon jahrzehntelang um die Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland, um als Deutsche unter Deutschen leben zu können. Die Aussiedlung ist für sie häufig der einzige Weg, den sie für sich und ihre Kinder sehen, um ihre nationale und kulturelle Identität bewahren zu können.

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag unterstützt die Grundsätze, von denen sich auch die Bundesregierung in der Frage der Aussiedlung leiten läßt. Vorrangiges Ziel dieser Politik ist es, im

Rahmen zwischenstaatlicher und internationaler Bemühungen darauf hinzuwirken, die Lebensbedingungen der Deutschen in den Aussiedlungsgebieten so zu verbessern, daß sie ihre deutschen sprachlichen und kulturellen Traditionen pflegen und ihre Identität wahren können. Die Behandlung der Deutschen in Ungarn ist hierfür ein positives Beispiel. Kein Deutscher in diesen Gebieten wird aufgefordert, in die Bundesrepublik Deutschland zu kommen. Es ist und bleibt persönliche Grundsatzentscheidung jedes Deutschen, über den Wohnsitz für sich und seine Familie und darüber zu befinden, ob er die Aussiedlung in die Bundesrepublik Deutschland anstrebt. Das Recht auf freie Ausreise gründet auf den Menschenrechten. Die Bundesrepublik Deutschland wird daher alles in ihrer Macht Stehende tun, einerseits für die Deutschen in ihrer Heimat ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen, andererseits denen, die aussiedeln wollen, bei der Verwirklichung ihrer Ausreisewünsche beizustehen und ihnen nach der Aussiedlung eine schnelle Eingliederung in unsere Gesellschaft zu ermöglichen.

2. Der Deutsche Bundestag bedauert die in den Staaten Osteuropas oft fehlende Gewährleistung der kulturellen und nationalen Rechte und des Rechts auf Ausreisefreiheit für die dort lebenden Deutschen. Der Deutsche Bundestag begrüßt erste Schritte in der Sowjetunion zu einer humanen Minderheitenpolitik, auch wenn die bisher erreichten Ergebnisse noch stark verbesserungsbedürftig sind, um den Deutschen in der UdSSR das Gefühl zu vermitteln, ihre nationale Identität auf Dauer bewahren zu können.

3. Der Deutsche Bundestag begrüßt es vor diesem Hintergrund, daß seit Sommer 1987 ein Teil der angestauten Ausreiseanträge erledigt wurde und wesentlich mehr Aussiedler in die Bundesrepublik Deutschland ausreisen konnten, als dies in den letzten Jahren der Fall war. Er stellt jedoch fest, daß die Aussiedler aus dem polnischen Bereich größtenteils nur mit Besuchsgenehmigungen hierherkommen können.

   Während es in den Jahren zuvor jeweils etwa 40 000 Deutschen gelungen ist, in die Bundesrepublik Deutschland auszusiedeln, ist die Zahl der Aussiedler seit 1986 um das Fünffache gestiegen und hat damit einen seit über 30 Jahren nicht mehr verzeichneten Höchsstand erreicht. Insbesondere gestattet die Sowjetunion seit Anfang 1987 in großzügigerer Weise Deutschen die Ausreise. Aufgrund der bisherigen zahlenmäßigen Entwicklung wird in diesem Jahr mit insgesamt rund 200 000 Aussiedlern zu rechnen sein.

4. Der Deutsche Bundestag wertet diese Entwicklung insbesondere als Ergebnis der erfolgreichen humanitären Bemühungen der Bundesregierung zugunsten der Deutschen in den Aussiedlungsgebieten. Steigende Ausreisezahlen sind auch Ergebnis neuerer Entwicklungen in einigen osteuropäischen Ländern im Einklang mit dem Helsinki-Prozeß.

   Der Deutsche Bundestag sieht diese Entwicklung auch im Zusammenhang mit dem Streben der Staaten Ost- und Südost-

europas nach einer engeren politischen, ökonomischen und kulturellen Kooperation mit der Bundesrepublik Deutschland in dem Wissen um deren herausragende Bedeutung und Verantwortung für den weiteren Ausbau der Ost-West-Beziehungen und in dem Bewußtsein, daß die Bundesregierung der Behandlung der Deutschen in den Ostblockstaaten einen besonderen Stellenwert beimißt.

5. Sollte die Lage der Deutschen in den Aussiedlungsgebieten auch in den kommenden Jahren keine durchgreifende Änderung erfahren, so wird davon auszugehen sein, daß das Verlangen der dort lebenden Deutschen, in die Bundesrepublik Deutschland aussiedeln zu können, stark bleiben wird.

6. Der Deutsche Bundestag ist sich bewußt, daß der drastische Anstieg der Aussiedlerzahlen innerhalb des letzten Jahres zwangsläufig die reibungslose Aufnahme erschwert hat. Die Notwendigkeit hat sich verstärkt, den für die Eingliederung der Aussiedler bereitstehenden gesetzlichen und administrativen Rahmen den veränderten und höheren Anforderungen anzupassen. Mit dem am 31. August 1988 von der Bundesregierung beschlossenen „Sonderprogramm zur Eingliederung der Aussiedler" sind nach Auffassung des Deutschen Bundestages die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen worden, um auch mittel- und langfristig eine erfolgreiche soziale, berufliche und gesellschaftliche Eingliederung der Aussiedler zu gewährleisten. Der Deutsche Bundestag vertraut darauf, daß die Landesregierungen in gleicher Weise handeln.

7. Der Deutsche Bundestag ist der Auffassung, daß die Aufnahme und Eingliederung der Aussiedler Gelegenheit gibt, die Gemeinsamkeit und Solidarität der Deutschen zu beweisen. Während sich vielerorts spontane Hilfsbereitschaft zeigt, gibt es aber auch Mitbürger, die die Aufnahme von Aussiedlern in dieser großen Zahl mit kritischer Aufmerksamkeit verfolgen und vor möglichen Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft warnen.

   So wie sich diese Ängste vor 30 und 40 Jahren als unbegründet erwiesen haben, so sind sie es auch heute. Die Bundesrepublik Deutschland hat seinerzeit unter äußerst schwierigen Bedingungen über 13 Millionen Vertriebene, Flüchtlinge, Aussiedler und Übersiedler aus der DDR aufgenommen und eingegliedert. Die wirtschaftliche, soziale, aber auch die politische und kulturelle Integration dieser Menschen hat unser Gemeinwesen in schwierigen Zeiten vorbildlich meistern können. Der Deutsche Bundestag gibt der Überzeugung Ausdruck, daß uns dies im Rahmen des wirtschaftlichen Wachstums als einer erfolgreichen Industrienation auch heute gelingen wird. Er erinnert daran, daß Vertriebene und Flüchtlinge, ebenso wie Aussiedler und Übersiedler, entscheidend zum Wiederaufbau nach dem Kriege und zum wirtschaftlichen Aufschwung der späteren Jahre sowie zum wechselseitigen Geben und Nehmen ohne Einschmelzung beigetragen haben.

8. Der Deutsche Bundestag verkennt nicht, daß die große Zahl der Aussiedler kurzfristig Probleme bei der Erstaufnahme, der

Sprachförderung auf dem Arbeitsmarkt und Wohnungsmarkt sowie bei der finanziellen Stabilisierung unserer sozialen Sicherungssysteme bringen kann. Andererseits versteht der Deutsche Bundestag die erfolgreiche Eingliederung der deutschen Aussiedler auch als zusätzliche Chance für eine weitere gesamtwirtschaftliche Aufwärtsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. Bei den Aussiedlern handelt es sich in der großen Mehrzahl um gut ausgebildete jüngere Menschen. 1987 waren rund 90 % aller Aussiedler Jugendliche oder Erwachsene im arbeitsfähigen Alter.

So wie die Vertriebenen und Flüchtlinge in den Jahren nach dem Krieg durch ihre Leistung zum Wiederaufbau beigetragen haben, werden auch jetzt von den Aussiedlern dank ihrer hohen Leistungsbereitschaft und Motivation neue wirtschaftliche Impulse ausgehen. Sie werden zu einer günstigeren Bevölkerungsentwicklung beitragen, sektorale Anstoßwirkungen in der Wirtschaft und positive Auswirkungen auf die Stabilisierung der Rentenversicherung auslösen.

9. Der Deutsche Bundestag fordert die Behörden des Bundes, der Länder und Gemeinden auf, die vorhandenen Schwierigkeiten bei der Erstaufnahme zu überwinden und appelliert an alle Bürger und gesellschaftlichen Gruppen in unserem Lande, insbesondere auch an die Kirchen, die Gewerkschaften und Vertriebenenverbände, den zu uns kommenden Aussiedlern nach besten Kräfte durch Verständnis und mitmenschliche Hilfe das Gefühl zu geben, daß wir zu ihnen stehen und sie herzlich in unserer Mitte willkommen heißen.

Bonn, den 23. November 1988

Gerster (Mainz)
Dr. Laufs
Lintner
Dr. Czaja
Dr. Blank
Dr. Blens
Clemens
Fellner
Dr. Hüsch
Kalisch
Dr. Kappes
Krey
Neumann (Bremen)
Dr. Olderog
Regenspurger
Weiß (Kaiserslautern)
Zeitlmann
Dörflinger
Geis
Dr.-Ing. Kansy
Magin
Dr. Mahlo
Dr. Möller
Oswald
Pesch
Frau Rönsch (Wiesbaden)
Ruf
Dr. Dregger, Dr. Waigel und Fraktion

Lüder
Dr. Hirsch
Richter
Beckmann
Bredehorn
Engelhard
Dr. Feldmann
Funke
Gries
Grüner
Grünbeck
Dr. Hitschler
Hoppe
Irmer
Kleinert (Hannover)
Neuhausen
Nolting
Rind
Ronneburger
Frau Seiler-Albring
Frau Folz-Steinacker
Timm
Frau Würfel
Wolfgramm (Göttingen)
Mischnick und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333